

Etikette der AfD Bayern

Für eine konstruktive Streitkultur

Ein fruchtbarer Diskurs ist nur möglich, wenn man alle Meinungen, und die Debatte darüber zulässt. Die Regeln der Etikette gibt es nicht für Inhalte, sondern für die Umgangsformen und die Zuständigkeitsbereiche.

Grundsatz 1:

Wir beteiligen uns am internen Diskurs, aber niemals an Schlammschlachten

Persönliche Kritik oder Tadel nicht über die Medien! Dies fügt der Partei Ansehensverlust und Schaden zu. Es sollte allen Beteiligten klar sein, dass selbst die böseste Pressemeldung nicht so viel Schaden anrichtet wie ein offen ausgetragener Streit.

Grundsatz 2:

Konfrontation ist zu vermeiden – stattdessen gilt eine Mediations- und Konsenspflicht

Mediation ist die erste Wahl zur Lösung von Konflikten. Vorderstes Ziel muss immer eine konsensfähige Lösung sein und nicht der vermeintliche Sieg der einen Seite über die andere. Deswegen haben die Mediatoren auch eine andere Aufgabe als Schiedsgerichte. Hier geht es nicht um die juristisch korrekte Auslegung der Satzung, sondern um die Kommunikation kreativer Lösungen. Entscheidend für die Wahl der Mediatoren ist ihre Akzeptanz durch alle Konfliktparteien.

Grundsatz 3:

Alle Meinungen sind erlaubt – bewertet wird ausschließlich der Umgang mit einander

Die Etikette soll nicht dazu dienen, inhaltliche Positionen oder Denkverbote durchzusetzen. Es geht ausschließlich darum, einen konstruktiven Dialog zu gewährleisten, den inneren Frieden und die Handlungsfähigkeit der Partei selbst in heiklen Situationen zu bewahren. Die Zeit der »Roten Linien« ist vorbei, unberührt hiervon sind uns natürlich die Grenzen des fairen und respektvollen Umgangs, der Gesetze und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung wesentlich und selbstverständlich.

Grundsatz 4:

Geschlossenheit nach Außen

Jeder hat das Recht, sich zu irren und niemand muss die privaten Ansichten eines anderen verteidigen. Wenn das von Medienvertretern verlangt wird, reicht es völlig, auf die innerparteiliche Vielschichtigkeit und Meinungsfreiheit hinzuweisen. Vor den Mikrofonen ist es nicht unsere Aufgabe, die Richtigkeit der Aussage eines Parteikollegen zu bewerten, wohl aber, mögliche falsche Zitate und böswillige Auslegungen richtigzustellen.

Wer im Namen der Partei spricht, ist dazu angehalten die Positionen der Partei zu vertreten – also das Programm und die Grundsätze, auf welche wir uns geeinigt haben. Private Ansichten sind, sofern sie überhaupt verlangt werden, eindeutig als solche kenntlich zu machen.

Grundsatz 5:

Festgelegte Sprecher und strikte Einhaltung der jeweiligen Aufgabenbereiche

Parteientscheidungen sind zu respektieren. Dazu gehört auch, dass sich jeder Amtsträger auf den Aufgabenbereich konzentriert, für den er gewählt wurde. Das gilt vor allem auch für den Kontakt mit den Medien. **Wer** für die Parteigliederung „spricht“ ist festgelegt.

Grundsatz 6:

Der obligatorische Weg zur Lösung parteiinterner Konflikte

Auch parteiöffentliche Schlammschlachten sind destruktiv. Der erste Weg eines Tadels muss zur kritisierten Person selbst führen. Kann der Konflikt bilateral nicht ausgeräumt werden, so ist ein Mediationsverfahren anzustreben. Unüberbrückbare Differenzen schließlich sind vor einem innerparteilichen Schiedsgericht zu klären.